

Politik, Behörden, Justiz, Medien, Zivilgesellschaft:

Keine Stichworte für Hetze und Hass: Gemeinsam gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Angesichts wachsender rassistischer und rechtsextremistischer Gewalt in Wort und Tat erklären im Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein zusammengeschlossene zivilgesellschaftliche Akteure:

In Teilen der Bevölkerung sinkt die Hemmschwelle für Hass, Hetze und Gewalt. Für die Sicherheitsbehörden und die Justiz muss das ein Alarmsignal sein, aufmerksam zu sein und Rechtsverstößen konsequent nachzugehen. Dabei geht es nicht allein um die NPD und bekannte rechtsextremistische Gruppierungen, sondern auch um die Einflussosphäre der AfD und anderer Rechtspopulisten. Volksverhetzung, Angriffe auf die Grundrechte und das demokratische Fundament unserer Gesellschaft dürfen wir nicht zulassen. Wir sind froh über die ausgeprägte Willkommenskultur für Flüchtlinge im Norden – sie gilt es zu wahren und zu stärken. Die Debatte über Asyl und Zuwanderung darf auch nach dem Anschlag von Paris nicht mit den besorgniserregenden Erscheinungen des internationalen Terrorismus vermengt werden: Dies würde Rechtspopulisten und Rechtsextremisten neuen Zulauf beschaffen.

Wir erwarten

- von allen demokratischen Parteien, dass sie in der Flüchtlingsdiskussion auf rhetorische Scharfmacherei verzichten und durch soziale Maßnahmen für alle Bürgerinnen und Bürger Ängste und Aggressionen minimieren. Fremdenfeindliche Stimmungsmache darf nicht verharmlost oder sogar durch emotionsgeladene Stichworte verstärkt werden, rechtswidrige Äußerungen und Aktionen müssen mit der Kraft der Strafgesetze konsequent verfolgt werden. Flüchtlingsunterkünfte müssen vor Aktivitäten mit volksverhetzendem Charakter wirksam geschützt werden. Über die Unterbringung muss sachlich gesprochen werden; dabei sollte vor Ort angesichts der großen Notlagen der Flüchtlinge auch um Verständnis für die besondere Eilbedürftigkeit mancher Standortentscheidung geworben werden.
- von den Betreibern von sozialen Netzwerken, Suchmaschinen und Videoplattformen wie Facebook, Google und YouTube, dass sie proaktiv Hass-Posts, rechtsextremistische Propaganda und Verstöße gegen den Jugendmedienschutz von ihren Plattformen entfernen. Solange sie sich dem noch verweigern, sind die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, in jedem bekanntgewordenen Einzelfall ihre schriftlichen Beschwerden bei dem Plattformbetreiber einzureichen und ggf. auch die Beanstandungs- und Anzeigemöglichkeiten im Netz zu nutzen:

<https://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/LPA/Onlinewache/Onlinewache.html>

<https://www.jugendschutz.net/hotline/>

<http://www.ma-hsh.de/aufsicht-beratung/programmbeschwerde/>

- von den Medien, dass sie in ihrer Berichterstattung verantwortungsbewusst agieren. Dazu gehört auch, rechtsextremistischen Positionen kein Podium zu bieten und ihnen so die Chance zu nehmen, ihre gegen das Grundgesetz gerichteten Auffassungen als normalen und zulässigen Bestandteil der öffentlichen Diskussion darzustellen. Quote und Auflage dürfen

niemals rechtfertigen, Medien mit erheblicher Reichweite für rechtsextreme und rechtspopulistische Argumentationsmuster zu öffnen. In Fällen von Gewalt unter und von Ausländern und Flüchtlingen sollte maßvoll und in einem sachlichen Ton berichtet werden. Den positiven Beispielen für Willkommenskultur, den Flüchtlingschicksalen, den Gefahren des Rechtspopulismus und den Opfern rechtsextremistischer Aktionen muss auch künftig eine hohe Aufmerksamkeit zukommen.

- von den Bildungsträgern und Multiplikatoren, dass sie der Prävention und Aufklärung noch mehr Raum geben und auch positive Beispiele für das Engagement zugunsten der Demokratie und Menschenwürde immer wieder darstellen.

Ängsten in der Bevölkerung muss klug und faktenbasiert begegnet werden. Was jetzt gezeigt werden muss, ist Zivilcourage und gemeinsam klare Kante gegen Rassismus und Rechtsextremismus – in den politischen Debatten ebenso wie im alltäglichen Miteinander vor Ort.

Deutscher Gewerkschaftsbund Nord (DGB Nord), Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland (Nordkirche), Landesfeuerwehrverband Schleswig-Holstein, Schleswig-Holsteinischer Fußballverband (SHFV), Antidiskriminierungsverband Schleswig-Holstein e.V. (advsh), Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, Ratzeburger Bündnis gegen Rechts, Runder Tisch für Toleranz und Demokratie der Stadt Neumünster, Bündnis gegen Rechts Neumünster